

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 20 – PISA-Ländervergleich

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 435.08 / 11.12.2008

Testergebnisse nicht verschleiern, sondern ehrliche Konsequenzen ziehen!

Noch immer haben die Schulen keinen wesentlichen Fortschritt in der zentralen Aufgabe erreicht, Kindern aus bildungsfernen Schichten bessere Bildungschancen zu eröffnen. 2006 war unser Bildungssystem noch nicht deutlich gerechter als 2001.

Zwar haben alle Bundesländer im Trend besser abgeschnitten als vor sechs Jahren, aber die Durchschnittsbildungsergebnisse der Bundesländer unterscheiden sich immer noch erheblich. Sie betragen zwischen dem besten und schlechtesten Bundesland immer noch über zwei Schuljahre. In Schleswig Holstein sind die Lernfortschritte nicht besonders groß ausgefallen, weswegen wir im Ranking der Bundesländer sogar deutlich abfallen.

Die Ergebnisse sind der unterschiedlichen Zusammensetzung der Schülerschaft geschuldet. Großstädte mit hoher Arbeitslosigkeit, krassen Ungleichheiten zwischen Arm und Reich sowie einem sehr hohen Anteil an Migrantenkindern. Gerade für ihre Integration wurde wenig getan, so dass sie eine besonders schwierige Ausgangslage für große Lernerfolge haben. Diese sozialen Unterschiede haben sich seit 2001 sogar noch verschärft.

Schleswig Holstein hat einerseits die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen von Hamburg und andererseits die von Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark, die beide besser abgeschnitten haben als unsere Schulen. Insofern dürfte es besonders interessant sein, wie in unserem Bundesland die regionalen Ergebnisse ausfallen.

Interessant ist auch, dass die geschlechterstereotypischen Unterschiede nicht abgebaut wurden. Diese Nachricht schafft es leider kaum in die Medienschlagzeilen und gilt

offenbar als weniger skandalös als andere Daten. Ob deshalb bisher in keinem Bundesland seit den ersten Pisaergebnissen gezielte Programme entworfen wurden, um für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Schule zu sorgen?

Die CDU im Landtag, die schon gleich nach der Veröffentlichung der neuesten PISA-Ergebnisse Schleswig-Holstein an Sachsens Schulsystem ohne Hauptschule misst, und uns dieses Bundesland als leuchtendes Beispiel vorhielt, hat am traditionellen Schulsystem, das systembedingt Bildungsverlierer produziert, erbittert bis 2006 festgehalten und allen Schulreformversuchen in Schleswig-Holstein Steine in den Weg gelegt. Auch heute noch bekämpft die CDU alle Formen längeren gemeinsamen Lernens jenseits des sechsten Schuljahres.

Noch schlimmer ist die FDP, die zwar gern mit vielen Zahlen der Regierung Versäumnisse vorhält, aber außer der Forderung nach mehr Ressourcen seit zwanzig Jahren kein bildungspolitisches Konzept entwickelt hat, sondern im Gegenteil rückwärtsgerichtet an den getrennten Haupt- und Realschulen festhalten will.

Die Bildungsministerin tendiert zum Schönreden, wenn sie sich bei den jüngsten Pisaergebnissen nur an den Ergebnissen der Gymnasien Schleswig-Holsteins orientiert.

Angesichts der Lesedefizite insgesamt war es richtig, dass das Bildungsministerium schon in der letzten Legislaturperiode begann, in Kitas und Grundschulen die Voraussetzungen für das Lesenlernen zu verbessern.

Damit komme ich zu den IGLU-Testergebnissen der Grundschulen, über deren positives Ausfallen sich alle Bundesländer gefreut haben. Hier liegen die Bildungsunterschiede der Länderdurchschnitte nur ein Schuljahr auseinander. Auch wenn man zugestehen muss, dass die Testverfahren verschieden sind: Bei IGLU wurden Schuljahre und nicht Kinder gleichen Alters verglichen, wie bei PISA. Auch wenn ich gern über die vierten Schuljahrsergebnisse der Förderschulen mehr wüsste, so ist ein Fazit dennoch zwingend: Gemeinsames Lernen aller Kinder in den ersten vier Schuljahren hat bessere Ergebnisse, als Lernen in getrennten Bildungswegen in den folgenden vier Jahren.

Der Skandal der Grundschuluntersuchung liegt in der Zensur durch die Kultusministerkonferenz. Sie hat den ForscherInnen untersagt, Ergebnisse zu veröffentlichen, nach denen die Empfehlung für weiterführende Schulen - unabhängig von der Leistung der Kinder - vor allem mit Rücksicht auf den Bildungshintergrund der Eltern erfolgt.

Wer einen bildungsfernen Hintergrund hat, wird trotz guter Noten nicht für das Gymnasium empfohlen, weil die Grundschullehrkräfte davon ausgehen, dass dort kein Kind ohne Schulaufgabenhilfe der Eltern erfolgreich sein kann. Auch dies ist ein Ergebnis der IGLU-Studie!

Diese Fakten wollen Prof. Wilfried Bos und sein Team nun auf eigene Faust im Februar 2009 veröffentlichen, wie er in der TAZ zitiert wurde. Wir hätten uns gefreut, wenn

Ute Erdsiek-Rave die Veröffentlichung in Schleswig-Holstein vorgezogen hätte. Aber dazu fehlte ihr offenbar der Mut.

Die PISA-Studie 2006 ist auch die Quittung für das Aussitzen der Kultusministerkonferenz: Sie bremst seit Jahren. So kommt keine gesamtdeutsche Bildungsreform zustande. Die Kultusministerkonferenz hat sich zwar auf Bildungsstandards verständigt, aber schaffte es nicht, sich auf Vorschläge zu einigen, die für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.

So hat sie auch auf dem Bildungsgipfel versäumt das entscheidende Signal für ein gemeinsames Bildungsprogramm zu geben. Die Debatte um die Konsequenzen aus der Finanzkrise hat sie ebenfalls nicht genutzt. Statt mit einem beliebigen Konjunkturprogramm den Neukauf von Spritffressern zu subventionieren, muss jetzt in Bildung investiert werden. Aber selbst dazu konnte sich die große Koalition weder in Berlin noch hier im Landtag aufraffen.

Unsere Anträge hierzu wurden in Bund und Land abgelehnt. Hier ermuntern wir die Landesregierung im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz ausdrücklich am Thema dran zu bleiben.

Die zweite Konsequenz ist, dass wir uns in Schleswig Holstein mit den einzelnen regionalen und geschlechtsspezifischen Ergebnissen fachöffentlich befassen sollten, um gezielt zu Verbesserungen zu kommen.

Die dritte Konsequenz ist, dass wir das Recht auf einen Hauptschulabschluss und einen Ausbildungsplatz gesetzlich verankern. Nicht durch Absenken der Standards - wie dies einige Bundesländer wollen - sondern durch einen besseren Start von Anfang an schon im Kindergarten. Auch das Recht auf kostenlose Förderung über die Pflichtschulzeit hinaus gehört dazu. Eine Förderung, die nicht in Warteschleifen endet oder in Ein-Euro-Jobs bei der Arbeitsagentur, sondern tatsächlich zu einem Ausbildungsplatz führt.

Die vierte Konsequenz ist, dass wir den Schulen - egal ob auf dem Türschild Regionalschule, Gemeinschaftsschule oder Gymnasium steht – die Ressourcen nach gerechten Parametern zuteilen. Wer mehr SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten hat, wer mehr Kinder mit Handicaps integriert, braucht hierfür auch mehr Geld. Mit diesem Umverteilungsprozess wurde begonnen, aber leider gibt es auch den Gegen-trend: Wo das Geld hinten und vorne nicht reicht, werden sogar Förderkurse und Hausaufgabenhilfe im Ganztagschulangebot mancherorts kostenpflichtig. Dies darf nicht sein!

Wir erwarten, dass die Bildungsministerin den aufgezeigten Weg geht, damit die nächsten Pisaergebnisse in Schleswig Holstein besser ausfallen. Besser heißt vor allem: Mehr Erfolg für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern.
